

116/2014

Donnerstag, 10. Juli



Landtag von
Baden-Württemberg

Pressemitteilung

Landtag von Baden-Württemberg, Pressestelle
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
Telefon: +49 711 2063-268, Telefax: +49 711 2063-299
E-Mail: post@landtag-bw.de, Internet: www.landtag-bw.de

In der Sitzung vom 10. Juli 2014:

Sozialausschuss verabschiedet Resolution: Hebammen sind wichtig – für die Frauen und ihre Familien

Stuttgart. Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren hat in seiner Sitzung am Donnerstag, 10. Juli 2014, mit den Stimmen von Grün-Rot und der FDP/DVP die Resolution „Hebammen sind wichtig – für die Frauen und ihre Familien“ verabschiedet. Dies teilte die Vorsitzende des Gremiums, die Grünen-Abgeordnete Bärbl Mielich, mit. „Hebammen sind ausgebildete Fachfrauen, die einen wertvollen Beitrag für die Frauen- und Familiengesundheit leisten. Sie begleiten Frauen und ihre Familien rund um die Schwangerschaft, Geburt und die Zeit danach“, betonte sie.

Die Arbeit der Hebammen gewährleiste das Recht der Schwangeren zu entscheiden, wie und wo sie ihr Kind auf die Welt bringen möchten. Dieses Recht sei im Sozialgesetzbuch festgeschrieben und doch gerade es immer mehr in Gefahr, wenn immer weniger Hebammen Geburtshilfe anbieten könnten, so die Ausschussvorsitzende. „Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden“, machte Mielich deutlich. Freiberufliche Hebammen würden sich aus der Geburtshilfe zurückziehen, weil ihre Arbeit gering vergütet werde und sie die extrem gestiegenen Haftpflichtprämien nicht mehr bezahlen könnten.

Des Weiteren werde in der Resolution betont, dass Hebammen ein unverzichtbarer Bestandteil der geburtshilflichen Versorgung darstellten und dass die Sicherung der Geburtshilfe eine bedeutende Aufgabe sei. „Mit unserer Resolution bitten wir die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass zeitnah unter Beteiligung der betroffenen Berufsgruppen und der Kostenträger Lösungen erarbeitet werden, die mittel- und langfristig die Geburtshilfe im Land sichern können“, berichtete Bärbl Mielich. „Dabei ist neben einem Sicherstellungszuschlag insbesondere zu prüfen, wie die Übernahme der Haftung unabhängig von privaten Versicherungsunternehmen gewährleistet werden kann“, erklärte Bärbl Mielich.

Anlage